

bracht: Am 17. Oktober ist im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Wirtschaftskampf ausgebrochen, an dem 72 000 Bergarbeiter beteiligt sind. Die Unmöglichkeit, mit den bisherigen niedrigen Löhnen auch nur die bescheidenste Existenz zu fristen und die Ablehnung jeder Lohnerhöhung hat die Freigewerkschaftliche, die Christliche und die Hirsch-Dunker'sche Organisation veranlaßt, mit voller Einmütigkeit den Streik zu erklären. Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um die schweren Gefahren abzuwenden, die durch diesen Nietenkampf dem gesamten Wirtschaftsleben drohen, und mit welchen Mitteln will sie den Bergarbeitern eine ausreichende Erhöhung ihrer Löhne sichern?"

Streikinterpellation des Zentrums.

Wie die „Germania“ meldet, haben die Abg. Imbusch und Stegerwald mit der gesamten Fraktion des Zentrums im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau brach ein großer Streik aus, weil in der Lohnfrage keine Einigung zu erzielen war. Der Streik muß auf längere Dauer außerordentlich ungünstig auf die deutsche Wirtschaft und die Lage dieser Volksteile wirken. Ist die Reichsregierung bereit, auf eine Wendung des Kampfes hinzuwirken und eine befriedigende Regelung der Lohnfrage herbeizuführen?

Entschliebung der Ruhrbergleute.

In zahlreichen vom Deutschen Bergarbeiterverband einberufenen Revierkonferenzen im Ruhrgebiet nahmen die Bergarbeiter zu der Lage im Ruhrbergbau Stellung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die geltende Lohnordnung bis Ende April nächsten Jahres läuft. Sollten die Arbeitgeber die Notwendigkeit einer zwischenzeitlichen Lohnerhöhung nicht anerkennen, so müsse die nächste Möglichkeit zur Vertragslösung ins Auge gefaßt und mit verstärktem Nachdruck erneut die Forderung nach Lohnerhöhung erhoben werden. — Es heißt, auch die Metallarbeiterverbände der nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, wollten am 15. November die Lohnarise kündigen.

Der Exekutivausschuß der Bergarbeiterinternationale wird am 20. Oktober in Warschau zusammentreten, um zu der Streiklage im mitteldeutschen Bergbau Stellung zu nehmen.

Die Löhne im mitteldeutschen Kohlenrevier.

Von Seiten der Streikleitung wird behauptet, daß die Arbeiter in den Braunkohlengruben nur 3,90 bis 4,30 Mark pro Tag verdienen. Auf unsere Erkundigung an zuständiger Stelle erfahren wir darüber folgendes:

Diese Löhne werden höchstens an einige wenige nicht vollwertige Arbeiter, die den Hof leiten und andere untergeordnete Arbeiten verrichten, gezahlt. Für die übrigen Arbeiter im Braunkohlenbergbau beträgt der Tarifflohn im Bezirk Hirschfelde 4,83, im Bezirk Böhlen 5,77 Mark. Der wirklich an die Arbeiter bezahlte Durchschnittslohn beträgt im Gebiete der mitteldeutschen Braunkohle 6,13—6,54 Mark pro Tag, im Revier Borna 6,61 bis 7,11, im Revier Niederlausitz 5,92—6,27, im Revier Oberlausitz 5,48—5,70 Mark. Diese Löhne erhöhen sich jedoch durch Qualitätszulagen, durch Prämien und durch Akkord-Arbeit ganz wesentlich, und zwar bis 40 bzw. 45% über den Tarifflohn. Selbst in den Revieren der schächstigen Steinkohle beträgt der Durchschnittslohn je Arbeiter und Schicht auch nur 6,55 bis 6,93 Mark, so daß die Löhne im Braunkohlenbergbau ungefähr den Löhnen in der Steinkohle sich nähern. Die Steigerungen der Lebenshaltungskosten betragen seit einem Jahr ungefähr 3,1%, während in dieser Zeit die Löhne für die Braunkohlenarbeiter um etwa 2½—3% gestiegen sind. Die Kohlenpreise dagegen sind seit April 1926 nicht mehr erhöht worden. Trotzdem aber ist der Braunkohlenbergbau durch den Schiedspruch vom 5. Juli 1927 und durch die zweimalige Arbeitszeit-Verlängerung vom 1. Mai und 1. Oktober 1927 ganz erheblich belastet worden, trotzdem der Reichswirtschaftsminister und die von ihm eingesandten Experten unwiderleglich feststellen haben, daß der Braunkohlenbergbau eine weitere Belastung durch Erhöhung der Löhne ohne gleichzeitige Erhöhung der Kohlenpreise einfach nicht mehr vertrage.

Was den Bergarbeiter in der Braunkohle besonders bedrückt, sind die hohen Soziallasten: Der Braunkohlenarbeiter muß infolge der Gesetzgebung rund ¼ seines verdienten Lohnes in Versicherungsbeiträgen abführen. Von den wertvollen Ausgaben, also den Kosten des Arbeiters im Produktionsprozeß erhält er nur 74% ausgezahlt. Dieser Belastung gegenüber stehen die anderen Gruppen der Industrie viel günstiger da. Bei den hohen Anteilen der Arbeitskosten an den Gesamtgestehungskosten im Bergbau, die nicht weniger denn 60% betragen, wirken sich also Lohnhöhe und Soziallasten sofort in fühlbarer Weise in den Gesamtkosten aus. Sowohl der Reichsarbeitsminister wie seine Experten stehen auf dem Standpunkt, daß eine erhebliche Minderung der ersten ohne Erhöhung der Kohlenpreise gar nicht denkbar ist. Die von den Arbeitgebern geforderte Preiserhöhung würde jedoch den Haushalt des Arbeiters jährlich nur um ungefähr 3,50 Mark belasten.

Die Bedeutung der Braunkohle.

Deutschland ist ein Land, das verhältnismäßig arm ist an Kohle. Der Versailler Vertrag tat noch ein weiteres und nahm uns in Obergießen und im Elsaß einen großen Teil dieses geringen Bestandes. Was uns blieb, war Kali, Steinkohle, namentlich die Braunkohle. Aberall erheben sich in Mitteldeutschland die Elektrizitäts-, die Stickstoff- und sonstigen Werke, die ihren Brennstoffbedarf aus unmittelbarer Nähe decken können. Ständig wuchs die Bedeutung der Braunkohle nicht bloß als Heizmittel, sondern sie wurde „veredelt“, und gerade die Braunkohle ist es, die eine entscheidende Rolle in dem Kohleverflüssigungsverfahren spielen wird. Dort wird aus dem Rohprodukt, das die Kohle bisher geblieben ist, ein hochwertiges Fertigerzeugnis, das unserer Gesamtkohlenwirtschaft vielleicht eine ganz andere Richtung zu geben vermag.

Ein kleiner Hinweis mag illustrieren, wach gewaltig die Aufmerksamkeit die Braunkohlenförderung im Deutschen Reiche genommen hat. Sie betrug im Jahre 1893 nur etwa 21 Millionen Tonnen; bis zum Jahre 1926 ist sie in ununterbrochenem Aufstieg bis zu einer Förderung von rund 140 Millionen Tonnen emporgetrieben worden. Verhältnismäßig noch stärker ist dabei die Steigerung der Bruttoherstellung; sie hat sich seit dem Jahre 1897 sogar verdreifacht. Trotzdem wird durch diese Förderung immer noch nicht der deutsche Binnenbedarf selbst gedeckt, denn es wurden 1925 immer noch 2,5 Millionen Tonnen aus dem Ausland — in der Hauptsache aus der Tschechoslowakei — nach Deutschland eingeführt, während unsererseits nur 1,3 Millionen Tonnen, allerdings Braunkohlenbriketts, ausgeführt werden konnten. Nicht vergessen werden darf dabei übrigens, daß das Deutsche Reich auch verpflichtet ist, eine gewaltige Menge von Braunkohlenbriketts auf Grund des Versailler Vertrages zu exportieren; so wurden 1926 über 500 000 Tonnen dieses Heizstoffes über Reparationskonto geliefert.

Die Braunkohlenindustrie, die sich 1925 ebenso wie die der Steinkohle in einer Abwärtsphase befand, hat unter dem Einfluß der englischen Bergarbeiterstreiks zwar keine Erhöhung der Förderung erfahren, wohl aber war es ihr möglich, die Bruttoherstellung, die namentlich in Mitteldeutschland einen großen Umfang angenommen hatten, abzuköpfen. Freilich ist es bisher nicht bei allen Zeichen gelungen, die große Nationalisierungsbewegung, die durch den deutschen Bergbau geht, auch auf alle Braunkohlenzechen auszuweiten, so daß mancher Betrieb nur noch künstlich erhalten wird. Immerhin hat sich die Braunkohle vor allem in der Nachkriegszeit eine so überaus wichtige Stellung im deutschen Wirtschaftsleben errungen, daß die Folgen eines längerer Streiks sehr schwerwiegende sein müßten. Hierbei spielt die immer schneller vor sich gehende Umstellung auf elektrischem Gebiet eine besonders wichtige Rolle, und da sich die Elektrizitätsversorgung immer stärker in Großbetrieben zusammengeballt hat, können die Folgen zu einer weitgehenden Störung des gesamten Wirtschaftslebens führen. Es ist darum zu verstehen, daß sich der Reichstag, der ja jetzt zusammentritt, sehr eingehend mit diesem Kampf in der Braunkohlenindustrie beschäftigen wird und beschäftigen muß, um einen Mittelweg zu finden, der zu einer Abwendung dieser schweren Folgen führt. Die Lage ist insofern eine eigentümliche, als nicht etwa nur seitens der Arbeitnehmer, sondern auch seitens der Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Schichtlöhne anerkannt wird; nur geht der Streit darum, wer die Kosten einer solchen Lohnerhöhung tragen soll, ob der Handel oder die Erzeuger, d. h. letzten Endes der Verbraucher. Gerade dies aber soll vermieden werden, weil schon so mancher Anreiz zu allgemeinen Preissteigerungen vorliegt und hier nicht eine neue Veranlassung zu solchen gegeben werden soll. Gerade aber angesichts des bevorstehenden Winters mit seinem gesteigerten Brennstoffverbrauch wird auch die kleinste Haushaltskürzung durch die Entscheidung über den künftigen Braunkohlenpreis unmittelbar berührt.

Frankreich und Deutschland.

Poincaré, Caillaux und Basch.

Bei der Einweihung eines Gefallenendenkmals in Bar-le-Duc hielt der französische Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er wieder die Friedfertigkeit Frankreichs rühmte. Unsere Landleute, so sagte er, wünschen, daß der Status Europae, so wie ihn unsere Väter vorbereitet haben, ausgebaut wird und daß man sich klarmacht, daß der kleinste Funke, den man auf einen Punkt des Kontinents wirft, einen allgemeinen Brand entfachen kann, durch den sämtliche Verträge vernichtet werden würden. Gleichsam, als ob Deutschland noch keine Reparationen geleistet hätte, sprach Poincaré den Wunsch aus, daß die durch den Krieg verursachten Schäden in den Kampfgebieten endgültig wieder gutgemacht werden und daß Frankreich nicht länger die Lasten für diese Wiederherstellung zu tragen hat.

Im Gegensatz zu diesen Ausführungen wandte sich der bekannte linksstehende französische Politiker Caillaux gegen die Stimmen, die dauernd davon sprechen, daß eine Versöhnung mit Deutschland unmöglich sei. Ein Volk müsse rechtzeitig Opfer an seinem Prestige zu bringen wissen, denn die Geschichte lehre, daß ein Volk nur dann endgültig siegen könne, wenn es seinen Sieg selbst besiegt habe.

In denselben Gedanken wandeln Ausführungen, die Professor Basch, der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, in Paris in einer linksstehenden Zeitung niedergelegt hat. Er verlangt daß Frankreich sich in Erinnerung an die Niederlage von 1870 in die Seele Deutschlands versee, daß durch die Feste verlegt werden müsse, die Frankreich in Erinnerung an seine Siege begehre. Man müsse begreifen, daß die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung Deutschland unerträglich erscheine, und daß es recht habe mit der Behauptung, daß keine tatsächliche Wiederversöhnung zwischen ihm und den Alliierten möglich sein könne, solange noch 60 000 fremde Soldaten sein Gebiet besetzt halten.

Bayerns Anzufriedenheit.

Möglichkeit einer Reichsregierungskrise.

Bei einer Sitzung der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei wurde die Frage erörtert, ob für den Fall, daß den bayerischen Anträgen zur Abänderung des Finanzgesetzes die Zustimmung der Regierungsparteien im Reichstag nicht in befriedigender Weise Rechnung getragen werde, die Bayerische Volkspartei aus der Reichsregierung austreten müsse.

Und das offizielle Parteiorgan, die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, bedauert zwar die geschehene schwere Indiskretion, sagt aber weiter, es könne nicht verschwiegen werden, daß der Beschluß des Reichskabinetts, trotz der Beschlüsse des Reichsrats auf dem ursprünglichen Standpunkt des Reichsfinanzministeriums zu beharren, für Bayern und für die Bayerische Volkspartei eine sehr ernste Lage geschaffen hat, die, wenn kein befriedigender Ausweg gefunden wird, möglicherweise Folgen für die ganze Regierungsverhältnisse im Reich haben könnte.

Ferner schreibt der dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held nahestehende Regensburger Anzeiger: Es liege auf der Hand, daß das Verhalten des Reichskabinetts gegenüber den Reichsratsbeschlüssen die Frage nahelegen müsse, ob die Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei an einer Reichsregierung weiterhin einen Sinn habe, die in einer so wichtigen Frage so wenig Verständnis für die bedrängte Lage der Länder aufbringe.

Die Münchener Neuesten Nachrichten zu den Vereinheitlichungsbestrebungen.

München, 17. Oktober. Die Münchener Neuesten Nachrichten bemerken heute zu dem neu ausgelebten Ringen zwischen Unitarismus und Föderalismus, daß es irrig sei, die Einheitsfront des deutschen Südens mit dem Wiederaufstehen der Mainlinie zu identifizieren. Die Einheitsfront bedeute aber eine nicht gerade sehr schmeichelhafte Kritik an der Berliner Regierungskunft. Es sei höchste Zeit, daß man in der Reichsregierung zu der Erkenntnis komme, die Länder seien Lebewesen und keine nur geographischen Begriffe. Vielleicht folge dann auch die Erkenntnis, daß die Reichsregierung dem ganzen deutschen Volke zu dienen habe.

General Heye in Newyork.

Newyork, 17. Oktober. General Heye, der heute in Newyork eingetroffen ist, wurde ein ehrenvoller Empfang zuteil. Außer den Vertretern der deutschen Botschaft und des deutschen Generalkonsulats begrüßten auch amerikanische Staatsbeamte namens der amerikanischen Behörden den Chef der deutschen Heeresleitung. Ein amerikanisches Armeecorps wurde General Heye sofort zur Verfügung gestellt. In diesem durchführte er in Begleitung hoher Offiziere und einer Polizeieskorte die Stadt, um die Wallstreet zu besuchen. Dort wurde ihm ein Diner gegeben, an dem auch bekannte Finanzleute der Wallstreet teilnahmen. Heute abend bereitet ihm die Newyorker Garnison einen Begrüßungsabend, zu dem die höchsten Offiziere der in und bei Newyork liegenden Regimenter ihr Erscheinen zugesagt haben. Zwei Brigadegenerale werden General Heye feierlich begrüßen. Spät abends wird er nach Washington weiterreisen.

Staatssekretär Kellogg, Coolidge und Wilson werden ihn einzeln empfangen. Am Sonnabend wird General Heye die einzige amerikanische Militärschule in West-Point besuchen. Er wird an der Abnahme der Parade der Militärschüler teilnehmen.

In einer Presseerklärung betonte General Heye, daß die Gerüchte über Geheimrüstungen Deutschlands närrisch und unbegründet seien. Es sei weder die Absicht der deutschen Regierung, noch durchführbar, im Geheimen zu rüsten und Rekruten heranzubilden. Die Reichswehr diene nichts anderem als der Verteidigung. Für Deutschlands Entwaffnung spreche der Abbau der Kontrollkommission.

Polnische Kajernenneubauten in Dirschau.

Dirschau, 18. Oktober. Demnächst sollen mit möglicher Beschleunigung große Kajernenneubauten in Dirschau zur Ausführung kommen. Die Mittel hierzu sollen der neuen Amerikanerleihe entnommen werden. Da es sich bei diesen militärischen Neubauten in dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Dirschau um eine erneute militärische Befestigung des polnischen Korridors handelt, ergibt sich daraus die allgemeine Tatsache, daß die neue amerikanische Dollarleihe zu einem großen Teil zur Verstärkung der polnischen Militärrüstungen herhalten muß.

Minister Hergt nicht Aufsichtsratsmitglied.

Berlin. Gegenüber Zeitungsmitteilungen, insbesondere auch gegenüber einer Meldung des Börslichen Beobachters, wird mitgeteilt, daß Reichsminister Hergt bei seinem Eintritt in das Reichskabinett seine Posten als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt hat.

Das Reich übernimmt die Bürgschaft für den Bau von Kleinwohnungen.

Berlin, 17. Oktober. Amtlich wird gemeldet: Durch Reichsgesetz vom 10. Juni 1914 (Reichsgesetzblatt 219), bzw. 24. August 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1021) betr. Bürgschaft des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, sowie für Kriegsbeschädigte und Witwen der im Kriege Gefallenen ist die Möglichkeit gegeben, unter gewissen Voraussetzungen die Reichsbürgschaft für Tilgungshypotheken zum Bau von Kleinwohnungen zu erlangen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Erneute Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Vor einigen Tagen traf der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufher, in Danzig ein. Da gleichzeitig auch Staatssekretär a. D. Lewald, der Leiter der deutschen Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, in Danzig weilte, so ist der Aufenthalt zu einer Aussprache über die Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen benützt worden. Staatssekretär Lewald betonte, daß über eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Augenblick noch nichts Genaues gesagt werden könne. Da aber anscheinend auf polnischer Seite die Geneigtheit bestehe, den Zollkrieg zu beenden, werde die Reichsregierung in kürzester Zeit die Grundlagen für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen prüfen.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin. Zu Meldungen, die sich an eine Rede des Grafen Westarp anschließen, wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für den Abschluß von Handelsverträgen mit Polen nur wirtschaftliche Momente maßgebend sein können. Die Verhandlungen dürften in nächster Zeit beginnen.

Protest preussischer Lehrer gegen die Besoldungsordnung.

Der Gesamtvorstand des Preussischen Lehrervereins, in dem über 70 000 preussische Lehrer und Lehrerinnen ihre Berufsvertretung besitzen, nahm in Magdeburg zur Besoldungsvorlage des preussischen Kabinetts Stellung. Eine Entschliebung wurde angenommen, in der einstimmig Einspruch gegen die Absicht der preussischen Staatsregierung, das Dienstverkommen der Volksschullehrer wie bisher nur auf etwa 50 Prozent des Einkommens der akademisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen festzusetzen, erhoben wurde. Aus einer derart niedrigen Festsetzung der Volksschullehrergehälter spreche eine unverständliche Herabsetzung der Volksschule und der an ihr geleisteten Arbeit.

Rußland.

X. Zehnter Jahrestag der russischen Umwälzung. In Leningrad begann die Feier des zehnten Jahrestages der bolschewistischen Revolution mit der Eröffnung des Roten Parlaments. Alle bedeutenden Persönlichkeiten der Sowjetverwaltung waren zugegen. Ein Manifest zählt die Errungenschaften der Revolution auf und verkündet die Einführung des Siebenstundentages in allen Sowjetbetrieben und die teilweise Abschaffung der Todesstrafe. Todesurteile sollen nur noch für politische und militärische Vergehen gefällt werden können. Die Einführung des Siebenstundentages soll vom Herbst 1928 an etappenweise eingeführt werden. Moskau hielt eine große Rede über die allgemeine politische Lage Rußlands. Die Sowjetunion sei das sozialistische Vaterland der Arbeiterklasse der gesamten Welt.

Amnestie für Verkehrsvergehen am Hindenburg-Tag.

Berlin. Wie der Polizeipräsident von Berlin mitteilt, werden Übertretungen der Verkehrsverordnungen, die von auswärtigen Automobilisten in Berlin anlässlich des Hindenburg-Tages vom 1. bis einschließlich 3. Oktober begangen wurden, nicht verfolgt. Strafverfügungen, die bereits Rechtskraft erlangt haben, werden von dieser Anordnung nicht betroffen.